

# Die FDP fordert einen steuerfreien Niedriglohnsektor

Was die Kandidaten in den Wahlkreisen Ludwigsburg und Neckar-Zaber erreichen wollen – LKZ-Serie (2)

**Ludwigsburg – Die FDP spürt Rückenwind, nicht erst seit den jüngsten Landtagswahlen. Auch die Kandidaten Harald Leibrecht und Alexander Schopf nehmen ihn wahr: um 50 auf 450 stieg die Zahl der Mitglieder im FDP-Kreisverband. Das macht Hoffnung auch auf den Wahlabend am 27. September.**

VON BERNHARD LEPPLE

Allerdings, warnt Leibrecht, der seit 2002 den Wahlkreis Neckar-Zaber im Bundestag vertritt, sei die Wahl noch nicht gelaufen: „Die CDU schwächtelt noch zu sehr.“ Viele entschieden sich heutzutage erst in der Wahlkabine. Und so erklärt sich der 48-Jährige auch das anhaltende Störfeuer aus München: „Bei der CSU schrillen die Alarmglocken.“

Leibrecht und Schopf reagieren aber mit Gelassenheit auf die CSU-Attacken gegen den Wunsch-Koalitionspartner FDP. Machen aber auch klar: „Wir wollen einen wirklichen Politikwechsel, eine Koalition um jeden Preis wird's nicht geben.“

Beide sprechen lieber über Sachthemen. Dazu gehört im Wahlkreis Neckar-Zaber wie im Wahlkreis Ludwigsburg der Verkehr. „Die A81 ist ein Schwachpunkt, die A6 auch“, sagt Leibrecht. Die ständigen Staus produzierten großen volkswirtschaftlichen Schaden, aber auch unnötige Umweltbelastung. Wie Abhilfe schaffen?

„Wir müssen die Straßen nicht auf Teufel komm raus verbreitern, aber ein Ausbau ist dort sinnvoll, wo er möglich ist“, sagt Leibrecht. Deshalb ärgeren sich auch darüber, dass ein großer Teil der Mineralölsteuer und der Lkw-Mautgebühren nicht in den Bau von Straßen und Lärmschutzwäl-



len gesteckt werde. „Der Staat stellt die Weichen nicht so, dass es attraktiver wäre, auf die Schiene zu gehen“, bemängelt der 47-Jährige. Schließlich sei der Preis das Entscheidende, damit das Prinzip der Freiwilligkeit auch funktioniere.

Auch deshalb macht er sich beim Thema Bahn für eine Trennung von Gleisnetz und Betrieb stark: „Da funktioniert der Wettbewerb nicht.“ Private Bahn-Konkurrenten würden vom Staatsunternehmen über die Trassenpreise behindert.

Auch Schopf nimmt zum Thema Autobahnausbau eine differenzierte Haltung ein: „Nur mit Lärmschutz“, sagt der 32-Jährige zu den Plänen, die A81 leistungsfähiger zu machen. Und bei der B27 sei in jedem Fall die Untertunnelung in Eglosheim nötig.

.....  
**„Kirchturmpolitik noch stark ausgeprägt“**  
.....

Leibrecht kann sich aber auch einen Seitenhieb in Richtung Kommunalpolitik nicht verkneifen: „Ich sehe schon, wie schwer man sich tut mit großräumigen Umgehungen wie dem Nord-Ost-Ring.“ Sein Fazit: „Da ist die Kirchturmpolitik noch sehr ausgeprägt.“

Dass der Bund den Kommunen immer wieder auf die Sprünge helfen muss, sieht Leibrecht auch in Sachen Bildung bestätigt: „Hätte der Bund nicht die Initiative ergriffen, wäre nichts passiert“, sagt er zur Kleinkindbetreuung.

Dennoch sei zu verstehen, dass die Kommunen verärgert reagieren, wenn ihnen vom



**Harald Leibrecht (links) und Alexander Schopf treten für die FDP an.**

Bild: Alfred Drossel

Bund immer mehr Aufgaben zugewiesen werden, die dann auf unterster Ebene bezahlt werden müssen.

Leibrecht hält zwar auch für richtig, dass Kindergärten gebührenfrei werden, setzt aber noch viel mehr auf das Steuerkonzept seiner Partei: Der dort vorgesehene Freibetrag von 8004 Euro pro Kopf Sorge dafür, dass die Besteuerung bei einer fünfköpfigen Familie erst bei 40 000 Euro anfangen. „Das entlastet Familien tatsächlich.“

Mit den Steuerplänen und dem Bürgergeld-Konzept der

FDP erübrige sich auch die Debatte um Hartz IV: „Es kann nicht sein, dass ein Arbeiter weniger verdient als ein Hartz-IV-Empfänger. Schließlich ist Hartz IV schon reichlich wenig“, findet Leibrecht. Ein geregelter Niedriglohnsektor sei wichtig, in dem der Staat nicht noch mit Steuern abschöpft.

Umsteuern halten die Freidemokraten auch bei der Mittelstandsförderung für nötig. „Für den Mittelstand wird viel zu wenig getan, auch schon in der Vergangenheit“, findet

## Die Wahlkreisbewerber

**Harald Leibrecht** ist seit 2002 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Neckar-Zaber, jedes Mal kam er über die FDP-Landesliste ins Parlament. Der 47-jährige Vater von vier Kindern ist Unternehmer und Geschäftsführer der privaten „Schiller International University“. Der Betriebswirt war zuletzt Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

**Alexander Schopf** hat in Stuttgart Geologie studiert. Der 32-Jährige gehört als Vorsitzender des Verbands liberaler Hochschulgruppen dem FDP-Landesvorstand an. Der im Wahlkreis Ludwigsburg kandidierende Diplom-Mineraloge arbeitet in der elterlichen Druckerei in Gerlingen mit. Ehrenamtlich engagiert er sich in der Erwachsenenbildung.

Leibrecht. Es gebe eine Kreditklemme, „die Banken geben das Geld nicht.“ Statt staatlichem Eingreifen fordert er daher ein vorübergehendes Aussetzen der seit 2007 geltenden EU-Bestimmungen über die Kreditvergabe (Basel II).

„Es geht um das Überleben von vielen Betrieben“, so die Begründung. Doch solle sich der Staat tunlichst aus der Wirtschaft raushalten. Wichtig sei stattdessen eine strengere Kontrolle über die Banken, die die FDP seit langem fordere. „Bislang findet das nicht statt.“

Klare Worte finden die beiden Freidemokraten zum Thema Atomkraft: „Wir setzen auf einen Energiemix mit Atomkraftwerken.“ Einfach abschalten und dann Atomstrom aus dem Ausland zu importieren, das sei keine ehrliche Politik.

Einige der Meiler könnten daher auch länger laufen als im Ausstiegsgesetz vorgesehen, etwa Neckarwestheim II, „aber nicht zum Nulltarif“. Ein Teil der Gewinne müsse dann als Sondersteuer abgeführt und in Bildung, Forschung und alternative Energien investiert werden. „Es kann nicht sein, dass die Kraftwerksbetreiber sich auf Kosten des Staates und der Bürger eine goldene Nase verdienen“, sagt Leibrecht. Langfristig sei aber klar: „Natürlich sind wir in dem Fall alle grün.“ Man müsse auf Wasser, Wind und Bioenergie setzen. Nicht zuletzt Photovoltaik sei für Deutschland sehr interessant.

Alexander Schopf bricht auch für die viel kritisierten Kohlekraftwerke eine Lanze: „Ich bin gottfroh um jedes aus den 60er Jahren, das vom Netz geht und durch ein neues, emissionsärmeres ersetzt wird.“ Für vielversprechend hält er in Sachen Klimaschutz auch die geplante CO<sub>2</sub>-Speicherung aus Kohlekraftwerken.